



Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI



Mit 51,4% des Wohlfahrts-Budgets ist Italien das europäische Land, das am meisten für die Renten ausgibt. Urteile des Verfassungsgerichts, Diskussionen um die Verwendung des Haushaltsüberschusses („tesoretto“) und Reformbestrebungen rücken die Renten wieder in den Vordergrund.

Szene 1: Matteo Renzi. Ende April haben die Verfassungsrichter ein Kernstück der Pensionsreform von 2011 – das so genannte Fornero-Gesetz der Regierung Monti - gekippt. Die Fornero-Reform hatte unter anderem die Inflationszulage für Pensionen ab einem Betrag von monatlich 1.443 € abgeschafft. Das betrachtet das Verfassungsgericht als unverhältnismäßig und fordert die Einhaltung des Prinzips der automatischen Anpassung an die Lebenshaltungskosten. Pensionen über 3.000 €

will Premier Renzi weiterhin vom Inflationsausgleich ausschließen, denn eine vollständige Nachzahlung würde den Staat 18 Mrd. € kosten und jeden finanziellen Rahmen sprengen. In den letzten Tagen hat Ministerpräsident Renzi eine einmalige Nachzahlung angekündigt, die im Schnitt 500 € pro Rentner ausmachen soll.

Szene 2: Tito Boeri. Dem neuen Präsident des NISF/INPS schwebt die Einführung eines garantierten Grundeinkommens für Arbeitslose zwischen 55 und 65 Jahren vor: Nur 10% der arbeitslosen über-55-Jährigen würden wieder eine Beschäftigung finden,

Basteln am Wohlfahrtsstaat

*In Italien ist einmal mehr die **Rentenfrage** aktuell. Angesichts klammer Staatshaushalte und der demografischen Entwicklung ist es eine Herkulesaufgabe, in Zukunft die Generationengerechtigkeit auch nur annähernd herbeizuführen.*

was stets zu Altersarmut führe. Intervenieren müsse man deshalb gleich zweifach: Zum ersten durch stärkere Stützungsmaßnahmen für Arbeitslose in höherem Alter, zum zweiten durch Formen von Frühpensionierung. Gerade der letztere Punkt erntet die Zustimmung der Gewerkschaften, die schon seit geraumer Zeit eine flexiblere Handhabung des beruflichen Ausstiegs fordern.

Szene 3: Ragioneria generale dello Stato. Die staatliche Buchhaltung fertigt laufend Simulationen über die Entwicklung der Staatsfinanzen an - so auch über die Entwicklung der Rentenausgaben. Eine Sache steht jetzt schon fest: Die heutigen Jugendlichen werden bedeutend länger

arbeiten müssen, um eine annähernd so hohe Rente zu erhalten wie ihre Eltern. Die Experten rechnen vor: Wer 2050 mit 83,1% des letzten Lohns in Pension gehen möchte, muss 40 Jahre gearbeitet und das Alter von 70 Jahren erreicht haben. Voraussetzungen, die unter heutigen Umständen für Jugendliche alles andere als leicht zu erfüllen sind: Der Einstieg in das Erwerbsleben erfolgt später und stets mit prekären Arbeitsverträgen. Des Weiteren ist damit zu rechnen, dass in der Arbeitswelt der Zukunft die Erwerbsbiografien brüchiger sein werden, mit einander abwechselnden Phasen von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit.